

Schüler schlichten unter Schülern

An fünf Zürcher Schulen werden ausgewählte Jugendliche zu Konfliktlotsen ausgebildet, damit sie auf dem Pausenplatz Streit schlichten können. Da das Konzept Erfolg hat, will die Stadt das Angebot auf möglichst viele Schulhäuser ausdehnen.

ZÜRICH – Wenn es auf dem Pausenplatz zu handgreiflichen Auseinandersetzungen kommt, so ist normalerweise die Pausenaufsicht schnell zur Stelle, um die Streithähne zu trennen und die heissen Gemüter abzukühlen. Im Schulhaus Waidhalde in Zürich haben die Lehrkräfte in diesem Bereich tatkräftige Unterstützung – und zwar aus der Schülerschaft.

«Konfliktlotsen» heissen die eigens ausgebildeten Schüler. Sie sind mindestens in der sechsten Klasse und haben in Kursen der Fachstelle für Gewaltprävention gelernt, wie sie einen Streit schlichten können, bevor er eskaliert und wie sie sich verhalten müssen, wenn sich zwei Schüler doch einmal grob in die Haare geraten. Ihr Fachwissen wenden sie auf dem Schularaum an. Sie stehen als Ansprechpartner zur Verfügung, wenn sich ein Kon-

flikt anbahnt und sind geübt darin, strittene Parteien zu versöhnen.

Das Schuldepartement hat an diesem Konzept Gefallen gefunden. Aus diesem Grund hat die Stadt das Projekt mit dem Titel «peer-to-peer an Schulen» in den Massnahmenkatalog der Task-Force Jugendgewalt aufgenommen. Das ist fast zwei Jahre her, und die Konfliktlotsen haben tatsächlich Schule gemacht. Vier weitere Schulhäuser lassen inzwischen Schüler zu Schlichtern ausbilden. Rund zehn sind es pro Jahr und Schule.

Genau 100 geschulte Lotsen gibt es seit letzter Woche, wie die Stadt Zürich gestern mitteilte. Und es sollen noch mehr werden, wie Patrick Pons vom Schul- und Sportdepartement sagt. Bis Ende Schuljahr wird etwa jedes zehnte der total 106 Schulhäuser über Konfliktlotsen verfügen. «Schluss-

endlich möchten wir die Ausbildung möglichst flächendeckend anbieten», so Pons. Allerdings liegt die Entscheidung bei den Schulen, ob sie von diesem Angebot Gebrauch machen wollen oder nicht. Es sei nicht vorgesehen, das Konzept als Pflichtprogramm zu verordnen, versichert Pons.

Pioniere: Positive Bilanz

Nimmt man die Erfahrungen der Pionierschule Waidhalde als Massstab, so stehen die Chancen jedoch gut, dass sich viele Schulen für die Lotsen interessieren werden. Denn nach zweieinhalb Jahren Erfahrung ist Waidhalde-Schulleiter Ernst Hüsler zufrieden mit seinen jugendlichen Aufpassern.

Ihr Vorteil gegenüber der Lehrerschaft sei, dass sie die Schüler viel besser kennen und eher wissen, wenn irgendwo ein Streit schwele. «Sie können präventiv schlichten und der Konflikt wird nicht erst sichtbar, wenn er aufbricht.» Die Lotsen sind aber angehalten, sich nur dort einzuschalten, wo sie sich eine Lösung zutrauen. «Sie müssen sich nirgends heldenhaft da-

zwischenstürzen», sagt Hüsler. Und wo jemand nichts von einem Schlichter wissen will, dürfen sie sich nicht einmischen.

Dennoch agieren sie oft eigenständig und ziehen längst nicht bei jedem ihrer Einsätze eine Lehrperson bei. Dass die Schüler vieles unter sich regeln, findet Hüsler gut. Gleichzeitig betont er aber, dass ihre Mithilfe stets freiwillig sei. Er sieht in ihnen keine «Hilfspolizisten, die den Lehrkräften ihre Verantwortung abnehmen sollen». Allerdings sei es für einen Jugendlichen oft angenehmer, sich zuerst an einen Mitschüler statt an einen Erwachsenen zu wenden.

Ein- bis zweimal wöchentlich werden die Lotsen auf dem Pausenplatz um Hilfe gebeten. Dass es seither friedlicher zu und her geht, kann Hüsler so nicht bestätigen. «Streit und Gewalt sind schwer messbar», sagt er. Das Klima habe sich aber schon verbessert. Denn auch nicht extra ausgebildete Schülerinnen und Schüler wissen mittlerweile, wie sie bilateral und gewaltfrei Konflikte lösen können. (awe)

Erneut falsche Wahlwerbung in Zürich verteilt

Nach der SP ist nun auch die CVP Opfer einer Panne beim Verteilen von Wahlmaterial in Zürich. Die Post weist Vorwürfe der CVP zurück.

ZÜRICH – Herr Müller im Stadtkreis 11 findet im Briefkasten Wahlmaterial von CVP-Kandidaten aus dem Stadtkreis 2, die er gar nicht wählen kann. Solches Malheur ist diese Woche in Zürich schon der SP passiert. 50000 Flyer verteilte die Post am Mittwoch falsch (Ausgabe vom 5. Februar). Gestern meldete die CVP Ähnliches: Ihre Wahlwerbung sei in den Stadtkreisen 2, 11 und 12 falsch verteilt worden. In einzelnen Strassenzügen sei gar nichts von der flächendeckend aufgegebenen Werbung ausgeliefert worden.

Schlechter Service?

«Dieser schlechte Service der Post ist nicht akzeptabel», nervt sich CVP-Stadtparteipräsident Markus Hungerbühler. Anders als bei der Panne mit dem SP-Wahlmaterial bestreitet die Post im Fall der CVP jegliche Schuld: «Der Fehler liegt diesmal nicht bei uns», sagt Sprecherin Nathalie Salama auf Anfrage und beruft sich auf interne Abklärungen vom Freitag. Das Material sei vom Drucker nicht korrekt beschriftet angeliefert worden, jedenfalls sehe es im Moment ganz danach aus. Laut Salama übernimmt die Post im Falle der SP die Kosten für den Neudruck und die Verteilung der zusätzlichen Wahlunterlagen. Sie spricht von einigen Tausend Franken, will aber nicht präziser werden.

Dass die Post die Hände in Unschuld wäscht, ärgert Hungerbühler. Um eine Falschverteilung zu verhindern, habe sie am Vortag extra einen Pöstler vorbeigeschickt, der die Sachen umgepackt und für die Auslieferung bereit gemacht habe. «Der Fehler liegt also weder bei der CVP noch beim Drucker», betont der Parteipräsident. Er vermutet, die Post habe eine kürzlich erfolgte Systemumstellung noch nicht im Griff. Zudem zeigt er sich befremdet, dass er von den Postverantwortlichen noch nicht kontaktiert wurde. «Ich verlange, dass die Post das Material wenigstens in Seebach und Leimbach nochmals verteilt und die Kosten für den Mehraufwand übernimmt.» Um wie viele Prospekte es geht, kann Hungerbühler nicht sagen. Den Schaden schätzt er auf gut 10000 Franken.



Was tun, wenn es schlecht geht? An fünf Zürcher Schulen stehen ausgebildete Konfliktlotsen ihren Mitschülern bei Problemen mit Rat und Tat zur Seite. Bild: key

Diebe nehmen Helfer aus

Über 127000 Franken haben zwei Diebe bei vorgetäuschten Verkehrsunfällen in Zürich erbeutet. Die Ermittlungen sind abgeschlossen.

ZÜRICH – Die beiden Diebe gingen dabei fast immer gleich vor: Sie beobachteten die Passanten beim Verlassen einer Bank und verfolgten sie unauffällig bis zum parkierten Auto. Sobald die Passanten wegfahren wollten, täuschte einer der Diebe einen Unfall vor, indem er sich gegen das Auto fallen liess und verletzt liegen blieb. Während sich der Fahrer um den Verletzten kümmerte und dadurch abgelenkt war, entwendete der andere Dieb das Bargeld aus dem Auto. Sobald dieser das Geld hatte, erfolgte eine wunderbare Heilung der Verletzung, und die beiden Diebe machten sich aus dem Staub, wie die Stadtpolizei Zürich am Freitag mitteilte. Aufgrund von meh-

renen Anzeigen fahndete die Polizei intensiv nach dem Duo. Am 25. Juni kontrollierte sie ein Auto und dessen zwei Insassen. Die beiden Bosnier, die keinen Wohnsitz in der Schweiz hatten, wurden festgenommen. Gemäss Ermittlungen handelte es sich um das gesuchte Duo. Sie hatten ihren Trick mindestens achtmal angewendet. In fünf Fällen kamen sie zum Ziel und erbeuteten in den Stadtkreisen 1, 2 und 8 über 127000 Franken in den Währungen Euro und Schweizer Franken.

Geldbedarf für Glücksspiele

In den anderen Fällen blieben die Versuche erfolglos. Die Diebe zeigten sich grundsätzlich geständig. Als Motiv für ihre Taten gaben sie an, das Geld für ihren Lebensunterhalt sowie für Glücksspiele benötigt zu haben. Bis im Dezember 2009 befanden sie sich in Untersuchungshaft. Danach wurden sie aus der Schweiz ausgeschafft. (sd)

Schadenssumme von 41 Millionen

ZÜRICH – Die Gebäudeversicherung Kanton Zürich (GVZ) hat im Jahr 2009 Schäden in der Höhe von 41 Millionen Franken verzeichnet, die durch Feuer oder Elementarereignisse verursacht worden sind. Die Schadenssumme sank gegenüber dem Vorjahr um 1,8 Millio-

nen. Die Schadenssumme Feuer ging gegenüber dem Vorjahr um 1,4 Millionen auf rund 33,6 Millionen Franken zurück. Bei den Elementarereignissen (Sturm, Hagel, Überschwemmung) betrug die Schadenssumme 7,4 Millionen (2008: 7,8 Millionen). (sda)

Neue Abstellanlage für VBZ-Trams

ZÜRICH – In der Kalkbreite wird eine neue Abstellanlage für die Trams der Verkehrsbetriebe Zürich (VBZ) erstellt. Die Bauarbeiten dauern von März bis November. Die neue Anlage sei einerseits aus sicherheitstechnischen Gründen notwendig, teilten die VBZ diese Woche mit. Denn die bestehenden Gleise seien aktuell in sehr schlechtem Zustand. Andererseits haben die anstehenden Erneuerungen auch betriebliche Gründe: Für die restlichen Cobra-Trams, die im Jahr 2010 in Zürich eintreffen, braucht es nämlich in mehreren Depots noch Anpassungen für den Unterhalt. Wäh-

rend der Umbauzeit können diese Depots nicht vollständig genutzt werden, weshalb die Trams vorübergehend in andere Depots ausweichen müssen – unter anderem auch in die Kalkbreite. Deshalb ist die VBZ daran interessiert, dass die Bauarbeiten möglichst bald vonstatten gehen.

Das will auch die Genossenschaft Kalkbreite. Denn sie plant, über der Tramabstellanlage der VBZ Genossenschaftswohnungen zu errichten. Im Zeitplan ist sie natürlich an die VBZ gebunden, weil sie erst mit dem Bau beginnen kann, wenn die neue Gleisanlage fertig ist. (sda)

Schnellwähler verpasst

Nächste Woche liefert die Stadt Zürich die Wahllisten aus. Und weilerfahrungsgemäss rund ein Drittel der Wähler sofort brieflich wählt, wiegt die Verteilpanne aus der Sicht des CVP-Präsidenten schwer. Selbst wenn die CVP das Material zwei Wochen später nachliefern kann, hat sie die Schnellwähler mit ihren Informationen zu spät erreicht. Auch die SP lässt ihre falsch verteilten Wahlunterlagen neu drucken. Sie rechnet damit, dass diese übernächste Woche ausgeliefert werden können und beziffert den Schaden auf rund 15600 Franken. Die Post erklärte die Panne mit dem SP-Material mit Fehlern von Mitarbeitern. (tsc)

Corine Mauch gerät ins Visier der Justiz

Angeblich hat die Zürcher Stadtpräsidentin zwei ehemalige Barbetreiber zum Stillschweigen gegenüber den Medien genötigt. Die Staatsanwaltschaft will ermitteln.

ZÜRICH – Es geht um einen Streit, in den Mauch erst im Nachhinein involviert wurde: Eine Zürcher Schwulenbar war aufgrund von Nachlässigkeiten in der Stadtverwaltung im November 2008 nur einen Monat nach ihrer Eröffnung polizeilich geschlossen

worden – Monate, bevor Mauch im Frühling 2009 Stadtpräsidentin wurde. Dennoch haben die beiden Betreiber Mauch via Medien attackiert und sie Anfang Januar 2010 bei einem öffentlichen Auftritt beschimpft. Daraufhin zeigte sie die Männer an. Diese geben nun an, Mauch habe ihnen angeboten, ihre Anzeige zurückzuziehen, falls sie gegenüber den Medien nichts mehr zum Fall sagten. Dies sei Nötigung, befanden die beiden und leiteten rechtliche Schritte ein.

Ob es zu einem Verfahren kommt, ist aber noch offen. Rainer Angst, Sprecher der Oberstaatsanwaltschaft,

bestätigte am Freitag zwar eine Meldung von «Blick am Abend», wonach bei der Anklagekammer des Obergerichts die Eröffnung eines Ermittlungsverfahrens beantragt worden ist. Es sei aber «keine Untersuchung eröffnet worden». Und wie das Obergericht entscheide, sei zurzeit offen.

Das Einschalten der Anklagekammer des Obergerichts sei «absoluter courrant normal»: Sobald Behördenmitglieder involviert seien, müsse dieser Weg zwingend eingeschlagen werden, «auch bei haltlosen Vorwürfen», so Angst. Beim Präsidialdepartement war kein Kommentar erhältlich. (sda)